dierung des privaten Handels, der nach wie vor die vorherrschende Position besitzt. Er spielt bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung eine bedeutende Rolle. Die Partei warnt in dieser Hinsicht vor linken Experimenten und vor administrativen Zwangsmaßnahmen gegen den privaten Handel. Auch nach der Aufhebung der Rationierung wird der private Handel seine Bedeutung behalten, was in der Wirtschaftspolitik der Partei berücksichtigt werden muß.

Wer gegen die HO Stellung nimmt, der will die alte Nachkriegszwangswirtschaft aufrechterhalten und sieht nicht, daß vier Jahre nach der Katastrophe des Hitlerkrieges noch kein normales Verhältnis zwischen Produktion und Befriedigung des Massenbedarfs vorhanden sein kann. Erst dürch weitere Produktionssteigerung und Senkung der Selbstkosten in den Betrieben kann eine weitere Senkung der Preise erreicht werden. In dem Maße, wie die eigene Warenproduktion und der Außenhandel zunehmen, wird für die einzelnen Waren an Stelle des gegenwärtigen doppelten Preisniveaus (staatliche Kleinhandelspreise für rationierte Waren und HO-Preise) Schritt für Schritt ein einheitliches Preisniveau herbeigeführt. Durch die Schaffung der HO ist es zunächst gelungen, die früheren hohen Schwarzmarktpreise herabzudrücken und die private Spekulation einzuschränken. Durch die Schaffung staatlicher Großhandelsorgane für die einzelnen Branchen und die Tätigkeit der HO wird es möglich sein, in Verbindung mit der schrittweisen Aufhebung der Rationierung ein einheitliches Preisniveau herbeizuführen und die Bestimmung der Preise durch private Spekulanten zu verhindern.

4. Staatliche und kommunale Aufgaben

Es ist notwendig, die Tätigkeit der SED-Mitglieder in den Landesregierungen und in den Kreis- und Kommunalorganen planmäßiger zu gestalten und vor allen Dingen die unteren Verwaltungsorgane in den Gemeinden besser anzuleiten und zu unterstützen. Dazu ist die Schaffung beziehungsweise der Ausbau von Org.-Instrukteurabteilungen bei den Landesregierungen und Kreisräten erforderlich, ohne daß der allgemeine Verwaltungsapparat weiter vergrößert wird. Die oberen staatlichen Organe müssen die Durchführung der Verordnungen an bestimmten Schwerpunkten selbst anleiten und daraus allgemeine Lehren für die Arbeit ziehen.

Die Bevölkerung gilt es davon zu überzeugen, daß die demokratischen Verwaltungsorgane Organe des werktätigen Volkes sind, daß